

ZUSAMMENFASSUNGEN

Eva Herschinger

Gerechte Praxis statt universellem Standard. Eine alternative Perspektive auf Gerechtigkeit am Beispiel des globalen Drogendiskurses

Die normative politische Theorie erfährt derzeit eine Renaissance in den Internationalen Beziehungen, wobei vor allem die Bedeutung von Gerechtigkeit für globale Politik thematisiert wird. Dabei hält sich der Vorwurf eines „normativen Defizits“ poststrukturalistischer IB-Ansätze. Der Beitrag zeigt auf, wie aus Sicht dieser Ansätze normative Positionen für globale Politik formuliert werden können und argumentiert, dass Gerechtigkeit ein leerer normativer Signifikant ist, der mit universellem Anspruch auftretend diskursive Schließungen anstrebt. Der wünschbare Umgang mit diesen Schließungen ist eine gerechte Praxis, die Gerechtigkeit in Kenntnis ihrer Unmöglichkeit und ihrer Zukünftigkeit beständig anstrebt. Wie diese Praxis aussehen kann, wird anhand des globalen Drogendiskurses illustriert.

Marius Hildebrand / Astrid Séville

Populismus oder agonale Demokratie? Bruchlinien der theoretischen Symbiose von Laclau und Mouffe

Die Theorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes wird seit der gemeinsamen Publikation von *Hegemony and Socialist Strategy* in der Regel als eine arbeitsteilig entstandene und ‚symbiotische‘ Einheit besprochen. Diese Darstellung vernachlässigt thematische und konzeptuelle Differenzen: Während Mouffe eine Demokratietheorie verfasst, die Pluralismus und Agonalität normativ auszeichnet, beschränkt sich Laclau auf eine Ontologie des Politischen und lässt eine ethisch-politische Dimension außen vor. Der Beitrag verdeutlicht die Varianz politischer Schlussfolgerungen aus einem postfundamentalistischen Theorieprogramm und erhellt mithilfe der Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen den politiktheoretischen Schriften Laclaus und Mouffes das Verhältnis von Demokratie und Populismus.

Eric Linhart / Markus Tepe

Rationales Wählen in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen. Eine laborexperimentelle Untersuchung

Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen Wähler in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen im Stande sind, die erwartungsnutzenmaximierende Wahlalternative zu identifizieren. Hierfür verwenden wir ein laborexperimentelles Forschungsdesign, in dem die Probanden mit räumlichen Wahlszenarien konfrontiert werden. In Einklang mit den theoretischen Erwartungen gelang es den Probanden besser, die rationale Wahl in Szenarien zu treffen, in denen die rationale Wahl der Nähwahl entspricht, in denen die relativen Distanzen zwischen den Parteien der

rationalen Wahl und den Idealpunkten des Wählers geringer sind, sowie in Szenarien, in denen einfache Heuristiken herangezogen werden können oder die aus anderen Gründen weniger komplex sind.

Ulrich Sieberer

Die Politik des Ressortzuschnitts zwischen Koalitionsarithmetik und thematischer Profilierung. Eine koalitionspolitische Erklärung für Kompetenzänderungen der Bundesministerien, 1957-2013

Wer profitiert von Reformen des Zuschnitts von Bundesministerien? Dieser Artikel erklärt Veränderungen im Ressortzuschnitt als Ergebnis eines Verteilungskonflikts bei der Koalitionsbildung, der von der Koalitionsarithmetik und den thematischen Schwerpunkten der Koalitionspartner dominiert wird. Statistische Analysen sämtlicher Kompetenzverschiebungen seit 1957 zeigen, dass Ministerien von quantitativ unterrepräsentierten Koalitionspartnern sowie Ministerien mit hoher elektoraler Salienz eher Kompetenzen hinzugewinnen. Die Kompensation unterrepräsentierter Partner erfolgt über die Stärkung wenig salienter Ministerien. Die Politik des Ressortzuschnitts hat weitreichende Implikationen für die Koalitionsforschung, die Policyforschung und die Analyse institutioneller Reformen in der Exekutive.

Christine Trampusch / Dennis C. Spies

Was treibt Kommunen zu Spekulationsgeschäften? Eine Analyse der Swap-Geschäfte von Kommunen in Nordrhein-Westfalen

Während die öffentliche Diskussion über den Einsatz von Derivaten in den letzten Jahren stark zugenommen hat, ist einem Aspekt dieses Marktes bislang kaum Beachtung geschenkt worden: Politische Akteure setzen nicht nur die Regeln für diese Geschäfte, sondern sind als Marktteilnehmer auch aktiv am Derivatehandel beteiligt. Vor diesem Hintergrund untersucht diese Studie die Bestimmungsgründe für den Abschluss von Derivatgeschäften der nordrheinwestfälischen Kommunen im Zeitraum von 2004 bis 2008. Wir unterscheiden auf Seiten der erklärenden Variablen die Themenfelder „Kommunale Haushaltslage“, „Finanzexpertise der Kommunen“ sowie den „Politischen Wettbewerb auf kommunaler Ebene“ und stellen in unserer quantitativen Analyse fest, dass vor allem die kommunale Haushaltslage maßgeblich für den Abschluss von Swap-Geschäften verantwortlich ist, während politische Variablen nur eine geringe Erklärungskraft aufweisen.